

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Verfahren «Olympia-Briefmarken» noch nicht abgeschlossen

Stellungnahme der Regierung über den Ermittlungsstand im Fall «Olympia-Briefmarken 1980» – Mehrere hundert Serien wieder aufgetaucht

Im Sommer finden wieder Olympische Spiele statt, und wiederum gibt unser Land eine Sonderserie «Olympische Sommerspiele 1988 in Seoul» heraus. Vor acht Jahren, als die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte, beschlossen verschiedene westliche Staaten einen Boykott der Olympiade in Moskau. Der Landtag verfügte damals die Vernichtung der Sonderbriefmarken, doch anschliessend tauchten solche Wertzeichen wieder auf. Der Fall ist, wie aus einer Stellungnahme der Regierung hervorgeht, bis heute noch nicht abgeschlossen.

In der letzten Landtagssitzung fragte der FBP-Abgeordnete Dr. Dieter Walch die Regierung über den Verbleib der aufgetauchten Briefmarken und über den Stand der Ermittlungen. Der FBP-Abgeordnete führte in seiner Anfrage aus, dass die Regierung eine rasche Abklärung des Falls versprochen habe. Währenddessen eine Einigung über den Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan auf internationaler Ebene erreicht werden konnte, fehle auf nationaler Ebene bislang die versprochene Erklärung der mit diesem Ereignis zusammenhängenden Briefmarkenaffäre.

Strafuntersuchung eingeleitet

Regierungschef Hans Brunhart führte in seiner Antwort auf die parlamentarische Anfrage folgendes aus: «Bekanntlich wurde die für den 9. Juni 1980 zur Ausgabe vorbereitete Briefmarkenserie «Olympische Sommerspiele Moskau 1980» auf Grund eines Landtagsbeschlusses vernichtet. Die Regierung hat im Herbst 1985 im Rahmen einer Pressemitteilung ausführlich über den Stand der bisherigen polizeilichen Ermittlungen informiert. In dieser Pressemitteilung wurde festgehalten, dass im November 1984 ein schweizerischer Staatsbürger in Zürich mehrere hundert Exemplare der Olympia-Marken 1980 zum Kauf angeboten hat. Gegen die betreffende Person wurde von der liechtensteinischen Staatsanwaltschaft eine Strafuntersuchung wegen des Verdachtes des Diebstahls eingeleitet.

Wie einem Bericht der Fahndungspolizei zu entnehmen ist, haben die zwischenzeitlichen Ermittlungen ergeben, dass der schweizerische Staatsangehörige auch heute noch im Besitze dieser Briefmarken ist und eine behördliche Beschlagnahme bis heute nicht möglich war. Die betreffende Person hat demnach in der vergangenen Zeit mehrfach vergeblich

Keine Abnehmer

versucht, diese Marken zu veräussern. Da es sich aber um inkriminierte Briefmarken handelt, konnte er bis heute keinen Abnehmer finden. Die polizeilichen Ermittlungen zur Frage, unter welchen Umständen die Briefmarken abhandeln gekommen sind, haben bisher trotz intensiven Bemühungen unseres Sicherheitskorps zu keinen konkreten Ergebnissen geführt. Das Strafverfahren gegen den erwähnten schweizerischen Staatsangehörigen konnte deshalb noch nicht abgeschlossen werden.

Zwei Einzelserien versteigert
Bekanntlich wurden einige wenige Einzelserien dieser Olympia-Marken bereits vor dem Beschluss des Landtags diese zu vernichten an Fachjournalisten ausgegeben. Einzelne Personen haben diese Serien nicht zurückerstattet. Von diesen sogenannten «Journalisten-Exemplaren» sind bis zum heutigen Tag fünf Einzelserien an Briefmarkenauktionen in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden aufgetaucht. Die jeweiligen Einlieferer der zur Versteigerung gegebenen Einzelserien sind ermittelt und namentlich bekannt. Nur in einem Fall steht die Antwort zu dieser Frage derzeit noch aus. Nach vorliegenden Erkenntnissen sind höchstens zwei Einzelserien effektiv zur Versteigerung gelangt. Alle übrigen Serien wurden auf Grund von Interventionen aus Liechtenstein an die Einlieferer zurückgewiesen.»



Vor acht Jahren wurde aufgrund eines Landtagsbeschlusses die Briefmarkenserie «Olympische Sommerspiele Moskau 1980» offiziell vernichtet. Allerdings tauchten in der Folge einzelne Vorauszugsbeispiele sowie mehrere hundert Serien wieder auf. Die Ermittlungen über den Fall «Olympia-Briefmarken» haben nach Angaben der Regierung noch zu keinem konkreten Ergebnis geführt.

Referendum gegen Tunnel-Sanierung

Das letzte Wort in Sachen Tunnelanierung oder Tunnelneubau ist offenbar noch nicht gesprochen. Wie aus Kreisen des Initiativkomitees Triesenberg verlautete, wurde der Beschluss gefasst, gegen den Kreditbeschluss des Landtags das Referendum zu ergreifen.

Der Landtag hatte in seiner letzten Sitzung dem Kreditantrag in Höhe von 6,8 Mio. Fr. zur Sanierung der bestehenden Tunnelröhre sowie zur Erstellung eines Werkleistungstollens mehrheitlich zugestimmt. Für eine neue Tunnelröhre, wie sie vom Initiativkomitee angestrebt wird, sprach sich keiner der Abgeordneten aus. Hingegen wurde der Regierungsbericht der Kritik unterzogen und die Frage aufgeworfen, ob nicht mit zeitlicher Priorität die Abwasserableitung realisiert und die Alternative Tunnelanierung oder Tunnelneubau nochmals einer Überprüfung unterzogen werden sollte.

Für die Gültigkeit eines Referendums braucht es mindestens 1000 Unterschriften stimmberechtigter Bürgerinnen und Bürger. Kommt das Referendum mit der notwendigen Stimmzahl zustande, so hat darüber eine Volksabstimmung stattzufinden.

Der Sachaufwand stieg um 1,7 Mio. Fr. an

Aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung – Weniger als budgetiert, mehr als im Vorjahr

Der Sachaufwand der Laufenden Haushaltrechnung belief sich 1987 auf 52,1 Millionen Franken. Im Vergleich zum Budget fielen die Aufwendungen geringer aus, doch ergab sich gegenüber den Vorjahreszahlen, die mit 50,4 Millionen Franken abschlossen, eine Steigerung von 3,4 Prozent.

Die Aufwendungen für den Unterhalt von Strassen, Telefonanlagen und Gebäulichkeiten, die Kosten für die Abwicklung des Post- und Fernmeldeverkehrs, die Auslagen für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen sowie alle aus der Aufgabenerfüllung erwachsenden weiteren Ausgaben sind unter der Gruppe des Sachaufwands zusammengefasst. Für das Berichtsjahr war ein Kreditrahmen von

rund 54,1 Mio. Franken bereitgestellt. Dieser musste nicht zur Gänze ausgeschöpft werden. Mit Gesamtausgaben von 52,1 Mio. wurden die veranschlagten Limiten um 2,0 Mio. oder um 3,7 Prozent unterschritten.

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung weist der Sachaufwand ein Wachstum von 1,7 Mio. Franken oder von 3,4 Prozent auf. Eine betragsmässig gewichtige Ausweitung ist insbesondere im Post- und Fernmeldebereich festzustellen, wo der Sachaufwand um 1,9 Mio. Franken über die Vorjahresausgaben angestiegen ist. Zu dieser Entwicklung hat insbesondere der verkehrsbedingte Zuwachs bei den Selbstkosten der PTT für die Durchlei-

tung des liechtensteinischen Fernmeldeverkehrs beigetragen. Er bewirkte im Gleichschritt mit dem Anstieg der Erträge aus den Telefongesprächstaxen eine Ausweitung der Kostenabgeltung um rund 1,7 Mio. Franken. Dagegen fielen die den Drittländern zu vergütenden Anteile an den Verkehrstaxen um rund 1,2 Mio. Franken geringer aus, da in der Vorjahresrechnung noch eine betragsmässig gewichtige Nachbelastung aus der Abrechnung des Verkehrsvolumens 1985 zum Ausdruck kam. Um rund 0,9 Mio. Franken höher als im Vorjahr sind überdies die Kosten für den Postautobetrieb ausgewiesen, was in erster Linie auf den Ausbau des Kursangebots zurückzuführen ist.

Computerbetrug via CH-Banken vereitelt

London/Zürich/Lausanne (AP) Einer der bisher grössten Betrugsversuche in Grossbritannien, bei dem rund 82 Millionen Franken von der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) in London hätten abgezweigt werden sollen, ist in letzter Minute gescheitert. Nach den am Dienstag vorliegenden Informationen aus London und der Schweiz versuchte eine Gruppe von Tätern das Geld mittels Manipulationen im Computersystem der SBG London an die Filiale der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) in Nyon im Kanton Waadt zu überweisen.

Die Waadtländer Kantonspolizei verhaftete zwei mutmassliche Täter in Nyon, die offenbar versuchten, Geld bei der SKA abzuheben.

Österreich: Neue Flut von Polen-Flüchtlingen

Wien (AP) Die Flut polnischer Flüchtlinge nach Österreich hat in den vergangenen Tagen schlagartig zugenommen. Wie das Innenministerium in Wien am Dienstag mitteilte, trafen allein am Montag drei Busse aus Polen mit 181 Flüchtlingen im Lager Traiskirchen ein. Sie waren direkt von der Grenze in das Flüchtlingslager gefahren. Innenminister Karl Blecha sagte, dass die Wiedereinführung der Visumfreiheit für polnische Staatsbürger «nicht zu einer Einbahnstrasse in Richtung Flüchtlingslager» werden dürfe.

Österreich hatte angesichts der steigenden Zahl polnischer und ungarischer Asylbewerber – Staatsbürger beider Länder können seit Beginn des Jahres ohne Visum einreisen – ein Schnellverfahren eingeführt, in dem innerhalb kürzester Zeit über den Asylantrag entschieden wird. Mehr als 90 Prozent der Asylbewerber aus den beiden sozialistischen Staaten konnten bei den Überprüfungen keine Verfolgungsgründe im Sinne der Flüchtlingsregelungen nennen. Es handele sich um Auswanderer, die vor allem nach den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien weiterreisen wollen. «Diese Personen würden nirgends auf der Welt politisches Asyl erhalten – auch in Österreich nicht», sagte Blecha.

Landesbeiträge an die Ernteauffälle genehmigt

Der Landtag bewilligte in der letzten Sitzung einstimmig Nachtragskredite in Höhe von knapp 157 000 Franken

Der Landtag hat sich in der letzten Sitzung vor der Sommerpause einstimmig für die Gewährung von Landesbeiträgen an die witterungsbedingten Ernteauffälle der Landwirtschaft im Jahre 1987 ausgesprochen und dafür einen Nachtragskredit von 81 315 Franken bewilligt. Als Beitrag des Landes für den Ersatz von Rebpflanzen und für Ernteauffälle im Weinbau im Jahre 1985 genehmigte das Parlament einen weiteren Nachtragskredit im Ausmass von 75 526 Franken. Die Mittel im Gesamtbetrag von 156 841 Franken werden dem Fonds für nichtversicherbare Elementarschäden entnommen.

wirtschaftlichen Leitbildes Rechnung zu tragen. In Hinsicht auf den qualitativen Schutz des Bodens und die langfristige Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit hatte der Abgeordnete Josef Biedermann im Landtag schon mehrfach und seit Jahren auf diese Grundsatzfrage hingewiesen und eine Lösung gefordert.

Antrag ist gerechtfertigt

Landtagsvizepräsident Josef Büchel (FBP) bemerkte in seinem Votum grundsätzlich, dass die Ausübung eines selbständigen Berufes Risiken in bezug auf den zu erwartenden Ertrag in sich birgt. Festzuhalten sei aber auch, dass sich in vielen Berufen gewisse Risiken versichern lassen würden, während es für Ernteauffälle in der Landwirtschaft keine Versicherung gebe. Er glaube deshalb, dass der Antrag auf Ausrichtung von Landesbeiträgen als Entschädigung für solche Ernteauffälle gerechtfertigt sei, zumal für diesen Zweck ein Fonds bestehe und die erforderlichen Mittel vorhanden seien. Einzelne Landwirte seien sehr stark betroffen gewesen und hätten teils in verschiedenen Kulturarten sogar Totalausfälle hinnehmen müssen. Mit dem nun beschlossenen Nachtragskredit können laut Josef Büchel die Verluste für die Landwirte sicher kompensiert und ausgeglichen werden. Soweit er es beurteilen

könne, seien die Berechnungen der Entschädigungen auf eine faire und für den Bauern akzeptable Art und Weise erfolgt.

Subventionspraxis überdenken

Für die Erteilung der Nachtragskredite sprach sich seitens der VU-Fraktion der Abgeordnete Dr. Helmut Matt aus, der gleichzeitig ein Überdenken der Subventions- und Entschädigungspraxis im Weinbau anregte. In der Begründung verwies er auf das Problem der Frostresistenz der Reben bis minus 18 Grad, was bedeute, dass in unseren Breitengraden mit häufigen Frostschäden vor allem in exponierten Lagen zu rechnen sei. Gerade heute würden aber oft Neuanlagen nicht wie früher üblich, an geschützten Lagen erstellt, sondern an frostanfälligen Standorten. Unter Hinweis auf bestehende Verordnungen in der Schweiz wären nach Ansicht von Dr. Matt vereinfachte gesetzliche Bestimmungen auch bei uns denkbar und wünschenswert, um die Subventionspraxis besser in den Griff zu bekommen und eine klare Trennung von hobby- und berufsmässigem Weinbau zu erhalten. Die natürlichen Produktionsbedingungen wie Bodenbeschaffenheit, Hangrichtung und Höhe müssten seiner Ansicht nach in einem Normaljahr eine gute Traubenernte gewährleisten. (mö)

Griechenland leidet unter Hitzewelle

Athen (spk/dpa) Die Zahl der Toten, die in Griechenland seit Anfang der Woche Opfer der ersten Hitzewelle des Jahres geworden sind, ist bis Dienstag auf fünf gestiegen. Fünf weitere Menschen ertranken beim Baden im Meer. Griechenland stöhnte auch am Dienstag unter Mittagstemperaturen von 40 Grad Celsius. In Athen, wo die hohe Luftverschmutzung hinzukommt, mussten am Montag über 250 Menschen mit Herz- und Kreislaufbeschwerden, Atemnot oder Ohnmacht in Erste-Hilfe-Stationen und Spitäler eingeliefert werden.

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

aktuell – frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

Schöner arbeiten mit LISTA

BB Center

A. BECK AKTIENGESELLSCHAFT
NEUBAND, FL-9485 TRIEBEN
TELEFON 075/2 83 77